Die „Nachhaltige Stadt“ ist eine globale Herausforderung

Hans-Peter Repnik,
Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Rede auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags
im Forum: „Stadtentwicklung braucht Nachhaltigkeit“ am 4. Mai 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Städte der Welt haben in Sachen Nachhaltigkeit schlechte Publicity: Müllberge, soziale Segregation, schlechte Luft und zu viel Verkehr sind nur einige der Probleme, von denen wir allzu häufig in der Presse lesen. Die Städte als ökologische und soziale Problemfälle zu sehen ist aber nur eine Seite der Medaille: Denn gleichzeitig schlummern dort gewaltige Potenziale.

Die Bedeutung der kommunalen Ebene – und mit ihr die der Städte – rückte vor knapp 20 Jahren prominent ins Blickfeld. Auf der Weltkonferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro im Jahr 1992 stand der Slogan „think global, act local!“ für die Überzeugung: Die globalen Probleme der Armut und Umweltzerstörung - und zwar nicht nur in den Entwicklungsländern sondern auch in den Industrieländern - und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich lassen sich nur durch entschlossenes Handeln auf lokaler Ebene lösen. Rio war ein diplomatisches Großereignis: Regierungsvertreter von fast 180 Staaten kamen zusammen, zahlreiche Kommunalvertreter aus der ganzen Welt, rund 500 Nichtregierungsorganisationen. Wichtige Ergebnisse sind die globalen Abkommen zu Klimaschutz und Artenvielfalt und die Deklaration zum Schutze der Wälder. Mit der Agenda 21 schuf man ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert. Die Kommunen als staatliche Ebene, die den Menschen am nächsten ist, erhielten darin eine entscheidende Rolle. Viele Menschen in den Kommunen haben diese Rolle mit großem persönlichem Einsatz ausgefüllt – teils mit beeindruckendem Erfolg, teils ist der anfängliche Enthusiasmus großer Enttäuschung gewichen, da nicht überall die Ergebnisse erreicht wurden, die man sich vorgestellt hatte.

II.

Rio hat Deutschland noch ein weiteres Erbe beschert: Es war die Geburtsstunde der nationalen Nachhaltigkeitsstrategien. Denn alle Unterzeichnerstaaten der Rio-Deklaration – so auch die Bundesrepublik Deutschland – hatten sich verpflichtet, in einem partizipativen Prozess nationale Antworten auf die globalen Fragen zu suchen.

Die Bundesregierung hat im Jahr 2002 ihre erste Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet. Darin hat sie Ziele gesetzt, wohin es gehen soll in Deutschland: im Klimaschutz, beim Erhalt der Artenvielfalt, bei der Bildung und in vielen anderen wichtigen – auch kommunalen - Bereichen. Die Strategie wird seitdem regelmäßig fortgeschrieben. Anhand von Indikatoren werden Fortschritte gemessen, neue Schwerpunkte werden gesetzt und Maßnahmen festgelegt.

Unsere Aufgabe als Nachhaltigkeitsrat ist es, die Bundesregierung bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Strategie zu beraten. Darüber hinaus beteiligen wir uns mit eigenen Beiträgen an diesem Prozess und versuchen die gesellschaftliche Diskussion zu diesem Zukunftsthema anzustoßen und dort wo sie stattfindet zu begleiten.

Aus meiner Sicht ist die nationale Nachhaltigkeitsstrategie durchaus ein beachtliches Dokument, das sich auch international sehen lassen kann. Es gibt jedoch noch ungenutzte Potenziale, auf die ich – auch vor dem Hintergrund der anstehenden Fortschreibung im Jahr 2012 - hinweisen will.

Ein Punkt betrifft die inhaltliche Schärfung des Nachhaltigkeitsbegriffs. „Nachhaltigkeit“ ist heute in aller Munde. In der deutschen Bevölkerung hat sich die Bekanntheit des Begriffs nach einer Studie des Umweltbundesamts und des Bundesumweltministeriums [1]in den letzten zehn Jahren verdreifacht. Wer „Nachhaltigkeit“ in die Suchmaschine Google eingibt, erhält über fünf Millionen Fundstellen. Immer mehr Unternehmen springen auf den Zug auf. Sie beginnen, sich nicht mehr nur über ihre Erträge, Dividenden und Gewinne, sondern auch durch ihre „Corporate Social Responsibility“ zu definieren.

Es ist natürlich positiv, dass Nachhaltigkeit kein Nischenthema mehr ist. Die Herausforderung ist jetzt aber, für inhaltliche Klarheit zu sorgen. So begegnet man dem notorisch positiv aufgeladenen Begriff der Nachhaltigkeit manchmal in völlig sinnentleerten Zusammenhängen: Er wird als nebulöser Garant für gesellschaftliche Akzeptanz missbraucht, oder als Währung für den Kauf von Vertrauensvorschüssen. Im Rahmen der nationalen

[1] BMU & UBA (2010): Umweltbewusstsein in Deutschland 2010 – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin und Dessau-Roßlau.

Nachhaltigkeitsstrategie ist hier die Bundesregierung gefordert, zur Präzisierung und Sicherung von Qualität beizutragen. In anderen Zusammenhängen sind es Unternehmen, Verbände, Städte und Gemeinden. Denn wo Nachhaltigkeit drauf steht, muss wirklich Nachhaltigkeit drin sein.

Eine zweite Baustelle: Die Strategie sollte dem Attribut „national“ noch stärker als bisher gerecht werden. Bislang ist sie noch zu wenig eine Strategie des gesamten Landes, sondern vielmehr eine Strategie der Bundesregierung. In den Kommunen spielt sie kaum eine Rolle. Umgekehrt spielen die Kommunen in der nationalen Strategie nur eine untergeordnete Rolle. Zwar sind die kommunalen Spitzenverbände seit der letzten Fortschreibung im Jahr 2008 eingeladen, sich mit einem eigenen Kapitel zu beteiligen; doch bislang steht die Anstöße der Kommunen seltsam isoliert neben den Beiträgen der Regierung.

III.

Ich bin der Überzeugung, dass eine ernst gemeinte Nachhaltigkeitspolitik nur Erfolg haben kann, wenn alle Akteure an einem Strang ziehen.

Die Rio-Agenda hatte schon 1992 einen großen Schwerpunkt auf die lokale Politik gesetzt. Aber trotz vieler guter Ansätze haben die kommunalen Aktivitäten noch nicht den Stellenwert erreicht, der ihnen gebührt.

Wir haben deshalb mit Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern aus ganz Deutschland einen Strategiedialog zur Nachhaltigkeit initiiert. Mittlerweile sind 17 Oberbürgermeister dabei, die sich auf eine besondere Weise für das praktische Vorankommen einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort engagieren. Unabhängig davon, welcher politischen Partei sie angehören.

Die Oberbürgermeister haben in einem Statement formuliert, was kommunale Nachhaltigkeit für sie bedeutet. In ihren „Eckpunkten für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen“ konkretisieren sie ihre Erfahrungen und Ideen, um diejenigen, die ihre Politik noch stärker unter das Prinzip der Nachhaltigkeit stellen wollen, mit Anregungen zu unterstützen. Sie beschreiben eine nachhaltige Stadtentwicklung, bei der ökologische, ökonomische und soziale Belange gleichberechtigt sind, und die auf generationengerechten Finanzen beruht. Sie wollen Eigenbetriebe und Stadtwerke am Leitbild der Nachhaltigkeit ausrichten, ebenso wie das kommunale Beschaffungs- und Vergabewesen. Besonderes Augenmerk legen die Oberbürgermeister auf die Förderung von Mitwirkung und Eigeninitiative. Denn das Prinzip

der Nachhaltigkeit kann nur durch das Engagement und die Kreativität der Unternehmen, Verbände und Bürgerinnen und Bürger vor Ort mit Leben gefüllt werden.

Die Oberbürgermeister richten sich aber auch an die Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene. Sie weisen darauf hin, dass ein echter Wandel in ihren Städten bessere Rahmenbedingungen braucht und fordern eine intensivere Zusammenarbeit der föderalen Ebenen auf Augenhöhe.

Der Nachhaltigkeitsrat unterstützt sie. Bei der Erarbeitung der Eckpunkte und bei den Strategie-Dialogen haben wir die Rolle eines Ermöglichers und Moderators inne.

Seit der Veröffentlichung des Eckpunkte-Papiers kamen Oberbürgermeister weiterer Städte auf den Nachhaltigkeitsrat zu, weil sie sich in den Prozess einbringen wollen. Der Deutsche Städtetag könnte für dieses Interesse einen Rahmen schaffen.

IV.

Ich sehe gegenwärtig zwei Chancen zur Stärkung der kommunalen Perspektive im nationalen und globalen Nachhaltigkeitsprozess, die nicht ungenutzt verstreichen dürfen:

Die Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Anfang 2012 will die Bundesregierung mit der Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zeigen, wo das Land in Sachen Nachhaltigkeit steht. Sie wird neue Schwerpunkte und Maßnahmen festlegen. Derzeit arbeitet die Regierung an einem Entwurf, den sie im Juni 2011- also in einem Monat - zur Diskussion stellen will. Ich möchte Sie als Oberbürgermeister und auch den Deutschen Städtetag als Institution ermutigen, sich in die dann beginnenden Konsultationen intensiv einzubringen. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes politisches Gut, das die nationale Nachhaltigkeitsstrategie bereichern kann und bereichern muss. Es ist wichtig, dass die Strategie stärker als bisher Bezug darauf nimmt, welche positiven Entwicklungen in den Kommunen zu verzeichnen sind; aber auch darauf, welche Baustellen es gibt und wo Handlungsbedarf besteht.

Die Atomhavarie in Fukushima zwingt uns alle zum Nachdenken. Wenn jetzt grundsätzlich über unsere Energiepolitik geredet wird, dann ist eines klar: Den Städten, ihren Stadtwerken und den Bürgern muss eine größere Bedeutung zukommen. Die Energieversorgung der Zukunft wird deutlich dezentraler strukturiert sein als in der Vergangenheit.

Rio 20 plus. Im Jahr 2012 – also 20 Jahre nach der Konferenz im Jahr 1992 – werden sich die Staats- und Regierungschefs der Welt auf Einladung der Vereinten Nationen und Brasiliens erneut zu einer Weltkonferenz für nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro treffen. Ich

plädiere dafür, dort nicht nur Geburtstag zu feiern, sondern die drängenden Fragen in den Blick zu nehmen, die uns in den kommenden Jahrzehnten beschäftigen werden. Deswegen spreche ich nicht von Rio+20 sondern von Rio20plus. Es geht um das was kommt.

In Rio stehen die Neuordnung des globalen institutionellen Rahmens der nachhaltigen Entwicklung und die Etablierung einer nachhaltigen Wirtschaft („green economy“) auf der Tagesordnung. Die Kommunen werden als „major group“, koordiniert durch ICLEI, dabei sein.

Diese Präsenz bietet den Kommunen Gelegenheit, ihren Teil dazu beizutragen, dass wir nicht als die Generation von Menschen in die Geschichte eingehen, deren Aktivitäten sich in der Veranstaltung von Konferenzen erschöpfen. Vielmehr müssen wir unter Beweis stellen, dass unsere Ziele und Visionen ebenso wie unsere praktischen Maßnahmen Wirkungen erzielen, die den Menschen und der Umwelt helfen und gerecht werden.

Gemeinsam mit Klaus Töpfer habe ich 1992 die deutsche Delegation zum Erdgipfel in Rio geleitet. Wenn es eine Lehre gibt, die ich aus den damaligen Erfahrungen ziehe, dann die, dass sich die politische Strahlkraft einer solchen Großveranstaltung ganz wesentlich durch das ergibt, was jenseits der formalen Tagesordnung geschieht: durch den Willen der zivilgesellschaftlichen Gruppen und der wirtschaftlichen Akteure zur gemeinsamen Verantwortung. Natürlich kommt es im nächsten Jahr auch darauf an, dass wir mit der Reform der UN-Umweltverwaltung voran kommen und dass wichtige Impulse zur „green economy“ gegeben werden. Es ist sogar höchste Zeit dafür. Aber Abkommen und Absichtserklärungen haben nur so viel Kraft, wie sie die Phantasie, Überzeugung und Verantwortung jedes einzelnen Teilnehmers und der Menschen zu Hause mobilisieren. Dabei spielen die Städte und vor allem auch die politischen Repräsentanten der lokalen Demokratie eine ganz wichtige Rolle. Nachhaltigkeit lässt sich nicht von oben verordnen. Trotz der Notwendigkeit gesetzlicher Rahmenbedingungen, sind es am Ende die weichen Faktoren, die zählen. Es sind die Einstellungen und Stimmungen der Menschen, die Ideen und Visionen zu Realitäten werden lassen. Die meisten dieser Menschen leben in Städten. Wir müssen Sie abholen, die Bereitschaft dazu ist da. Ich möchte Sie ermutigen, dies in Ihrem Verantwortungsbereich zu leisten. Wo immer wir Sie als Nachhaltigkeitsrat unterstützen können, wollen wir dies gerne tun.